

Nein zu staatlich finanzierten Medien

Das neue Medienförderungsgesetz sieht staatliche Subventionen von jährlich fast 300 Mio. Franken an diverse Medien vor. Neu sollen sogar Online-Portale direkt unterstützt werden. Solche Geldflüsse an Redaktionen führen zu gefährlichen Abhängigkeiten.

Gregor Rutz

Für einen modernen liberalen Rechtsstaat ist Medienförderung ein Unding. Die Demokratie baut auf den freien Diskurs der Meinungen. Dafür braucht es Medien, die inhaltlich wie finanziell unabhängig sind. Staaten, die Zeitungen und TV-Stationen staatlich kontrollieren und finanzieren, sind schlechte Vorbilder für Demokraten. Dies zeigt, wie gefährlich das Thema Medienförderung ist.

Indirekte Medienförderung

Die sog. indirekte Presseförderung gibt es in der Schweiz bereits seit vielen Jahren: Der Bund unterstützt abonnierte Zeitungen sowie Vereins- und Verbandspublikationen, indem er die Zustelltaxen verbilligt. Dies ist ordnungspolitisch unschön, aber geduldet. Nun sollen die Unterstützungsbeiträge von 50 Mio. Franken auf 120 Mio. Franken erhöht werden.

Diese staatlichen Interventionen führen zu Wettbewerbsverzerrung: Jeder Franken, der in die



Sprudelnde Gelder vom Staat: Gefährlich für die Medienvielfalt. Bild M. Gasser

Zustellverbilligung abonnierte Zeitungen fließt, erschwert die Situation für andere Geschäftsmodelle. Warum erhalten Gratiszeitungen wie «20 Minuten» oder kostenlos zugestellte Wochenzeitungen keine Subventionen? Mit welchem Recht wird behauptet, abonnierte Zeitungen seien journalistisch besser als kostenlose Publikationen, die sich z.B. über Inserate finanzieren?

Falsche Wahrnehmung

Das Medienförderungspaket kultiviert eine falsche Optik der Medienlandschaft. Staatlich finanzierte oder geförderte Angebo-

te werden als qualitativ höherwertig angesehen, während private Initiativen als kommerziell motiviert – und damit qualitativ ungenügend – abgetan werden. Mit dieser Begründung werden immer mehr Subventionen gesprochen und neue Bereiche reguliert.

Dank flächendeckender Subventionen gibt es bald keine Medienanbieter ohne Staatsgelder mehr. Alles wird staatlich finanziert: Neben indirekter Presseförderung gibt es das Gebührensplitting für private Radio- und TV-Stationen (heute 81 Mio. Franken) sowie Subventionen für Nachrichtenagenturen. All dies soll um gut

50 Mio. Franken erhöht werden. Gleichzeitig gehen wir zur direkten Medienförderung über und zur Regulierung des Online-Bereichs (30 Mio.). Mit diesen Subventionen züchten wir Unternehmen heran, die nicht überlebensfähig sind und nie auf eigenen Füßen stehen können. Auch hier werden nur Portale mit Abo-System berücksichtigt – andere Geschäftsmodelle sind ausgeschlossen.

Bald staatliches Gütesiegel?

Die Folgen dieser Subventionsstrukturen skizzierte Professor Otfried Jarren, Präsident der Medienkommission. Er forderte eine Zertifizierung von Medien, die unterstützungswürdig sind und gute journalistische Arbeit leisten. Der Staat soll also bestimmen, wer gut arbeitet und Subventionen erhält. Für den Kunden sei so ein «Gütesiegel» hilfreich – ähnlich wie in der Landwirtschaft oder in der Wissenschaft. Solche Überlegungen sind für eine freie Demokratie höchst gefährlich.

Fazit: Wer nicht will, dass künftig Beamte entscheiden, welches Medium gut und welches schlecht ist, tut gut daran, das Referendum gegen das Medienförderungspaket zu unterschreiben!

Unterstützen Sie das Referendum:

Unterschriftenbogen herunterladen unter www.staatsmedien-nein.ch



Gregor Rutz,
Nationalrat SVP
ist Vorstandsmittglied der Aktion
Medienfreiheit

Anzeige

Sie haben echt Potenzial

ekz.ch/potenzial

EKZ